

# Generation Glutz



**Grundschüler.** Wovon die schulischen Leistungen der Kinder abhängen, ist nicht immer so eindeutig, wie es allgemein angenommen wird. Ein Migrationshintergrund zum Beispiel spielt allein keine große Rolle für die Noten, auch die Familienkonstellation nicht. Viel wichtiger ist, ob die Grundschüler regelmäßig musizieren und Sport treiben. Zu viel Medienkonsum wiederum ist schädlich. Smartphones sollten in der Grundschule sogar verboten werden, sagt die pensionierte Lehrerin Petra Sichla im iwd-Interview.

—> [Seiten 2-4](#)

## **Weltwirtschaft**

Die von den USA angeheizten Handelskonflikte belasten auch die Konjunktur in Deutschland. Eine Eskalation wäre für die Metall- und Elektro-Industrie fatal.

—> [Seiten 6-7](#)

## **Weiterbildung**

Die Digitalisierung stellt die M+E-Industrie vor neue Herausforderungen. Auch deshalb engagiert sie sich in der Nationalen Weiterbildungsstrategie des Bundes.

—> [Seiten 12-13](#)

# Sport statt Smartphone

**Grundschüler.** Wie Kinder sich entwickeln, hängt bekanntermaßen stark davon ab, in welchen Lebenslagen sie aufwachsen – aber welche Faktoren genau dabei eine Rolle spielen, ist weniger klar. Das IW hat deshalb das Nationale Bildungspanel nach den Leistungen und Kompetenzen der Viertklässler durchforstet und kommt zu einigen überraschenden Ergebnissen.

Die Kritik der älteren Generationen an der Jugend ist wahrscheinlich so alt wie die Menschheit. Zu faul, zu anspruchsvoll, zu lange Haare. Heute klagen die Erwachsenen vor allem darüber, dass die Jugend zu viel Zeit mit Smartphone und Social Media verbringt – und zu wenig mit Lesen und Leibesertüchtigung.

Tatsächlich aber sind es einfach nur die Lebensumstände, die sich ändern – das allerdings manchmal grundlegend. Blieb zum Beispiel den Kindern der Nachkriegszeit aufgrund des beschränkten Wohnraums praktisch gar nichts anderes übrig, als draußen zu spielen, sorgen Internet und Computer dafür, dass die Kinder von heute ihre Freizeit auch komplett zu Hause verbringen können, ohne dass ihnen langweilig wird.

Hinzu kommt, dass längst nicht mehr alle Kinder mit ihren beiden leiblichen Eltern zusammenleben – und die veränderten familiären Beziehungen wirken sich entsprechend auf die zeitlichen und finanziellen Ressourcen der Familie aus. Kurzum: Die Lebensumstände der Kinder von heute sind mit denen ihrer Eltern und Großeltern kaum noch zu vergleichen.

Doch was bedeuten die veränderten Umstände für die Leistungen der Kids in der Schule oder für ihre sozialen Fertigkeiten? Um diese Zusammenhänge herauszufinden, hat das IW das Nationale Bildungspanel nach den Lebenslagen und den Kompetenzen der Viertklässler durchforstet – die Viertklässler wurden ausgewählt, weil der Lernstoff und die Lebenssituationen der Kinder ab der fünften Klasse in hohem Maße davon abhängen, welche Schulform sie besuchen.

Wie stark der Zusammenhang zwischen den Lebenslagen der Viertklässler und ihrer Entwicklung ist, hängt ganz davon ab, welche Bereiche man in den Blick nimmt:

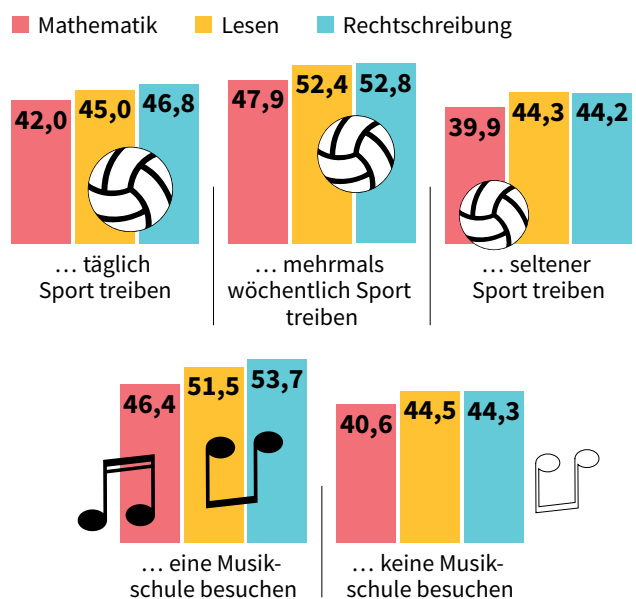
**Das Geschlecht.** Dieses Kriterium zeigt das für Deutschland bekannte Bild, wonach Mädchen im sprachlichen Bereich besser abschneiden und Jungen im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich die Nase vorn haben. Dieses Ergebnis beruht auf Kompetenztests

im Jahr 2016, in denen der Anteil von richtigen Antworten in den Fächern Mathematik, Lesen und Rechtschreibung ermittelt wurde. Hinsichtlich der sozialen Fertigkeiten und der Konzentrationsfähigkeit wurden die Lehrer befragt, wie sie ihre Schüler einschätzen – und die Lehrer bescheinigten den Mädchen in beiden Bereichen deutlich bessere Ergebnisse als den Jungen.

**Der Migrationshintergrund.** Anders als allgemein angenommen, spielt der Migrationshintergrund allein keine große Rolle für die Leistungen der Viertklässler. Zwar zeigen die Zahlen, dass Migrantenkinder in Sachen Konzentrationsfähigkeit und sozialen Fertigkeiten etwas

## Grundschulkindern: Sport und Musik verbessern die Leistungen

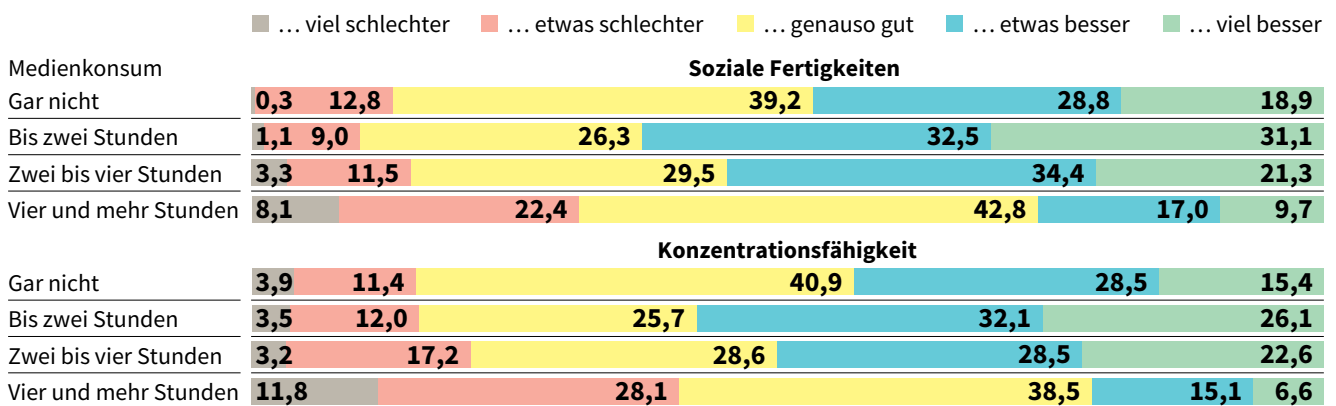
So viel Prozent der Fragen im jeweiligen Kompetenztest haben Viertklässler, die ..., 2016 richtig beantwortet



Quellen: Nationales Bildungspanel, Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwid

## Grundschul Kinder: Zu viel Medienkonsum schadet der Konzentration

Nach Einschätzung der Lehrer schnitten 2016 so viel Prozent der Viertklässler abhängig von ihrem täglichen Medienkonsum ... ab als im Durchschnitt dieser Altersgruppe



Medienkonsum: Zeit, die mit Computerspielen und Fernsehen verbracht wird; soziale Fertigkeiten: zum Beispiel Umgang mit Mitschülern

Quellen: Nationales Bildungspanel, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

besser und bei den Leistungstests in Mathematik, Lesen und Rechtschreibung etwas schlechter abschneiden als Kinder ohne Migrationshintergrund. Die Unterschiede sind allerdings statistisch nicht signifikant.

**Die Familienkonstellation.** Auch hier fördert die Statistik ein überraschendes Ergebnis zutage: Für die Leistungen der Viertklässler macht es kaum einen Unterschied, ob sie bei beiden leiblichen Eltern, bei Stiefeltern, in einer Patchworkfamilie oder bei einem alleinerziehenden Elternteil aufwachsen. Stark negative Auswirkungen hat allein das Aufwachsen in einer Pflegefamilie – was sich mit den häufig problematischen Verhältnissen im Haus der leiblichen Eltern erklärt.

**Der sozioökonomische Hintergrund.** Die Entwicklung der Kinder steht in einem engen Zusammenhang mit dem Bildungsstand der Eltern. Dies ist nicht allein auf angeborene Fähigkeiten zurückzuführen, sondern erklärt sich auch mit einer besseren Förderung der Kinder in bildungsnahen Haushalten. Positive Auswirkungen auf die Konzentrationsfähigkeit der Kinder hat auch das Haushaltseinkommen der Familie. Eine Erklärung dafür ist, dass höhere Einkommen oft mit Ehrgeiz und Durchhaltevermögen einhergehen und sich die Kinder an diesen elterlichen Eigenschaften orientieren.

**Die Freizeitgestaltung.** Während der Umfang des Schulbesuchs – halbtags oder ganztags – kaum mit der Entwicklung der Kinder zusammenhängt, spielt die Freizeitgestaltung eine große Rolle (Grafik Seite 2):

**Kinder, die mehrmals wöchentlich Sport treiben, bringen in Mathematik, im Lesen und in der Rechtschreibung deutlich bessere Leistungen als Kinder, die selten Sport treiben.**

Allerdings kommt es auf die Dosis an: Viertklässler, die jeden Tag ins Schwitzen kommen, schneiden zwar besser ab als die Sportmuffel, bleiben aber hinter jenen Kindern zurück, die sich auf ein paar Mal Sport in der Woche beschränken. Auch der Besuch einer Musikschule schlägt sich oft in besseren schulischen Leistungen und einer höheren Konzentrationsfähigkeit nieder.

Eindeutig negativ ist dagegen der Zusammenhang zwischen der Mediennutzung und der Entwicklung der Kinder (Grafik):

**Kinder, die regelmäßig vier Stunden und mehr am Tag mit Fernsehen und Computerspielen verbringen, werden von ihren Lehrern in Sachen soziale Fertigkeiten und Konzentrationsfähigkeit als weitaus schlechter eingeschätzt als Kinder, deren Medienkonsum höchstens zwei Stunden pro Tag beträgt.**

Für die Politik lassen sich aus diesen Ergebnissen zwei Schlüsse ableiten. Zum einen sollten in den Schulen mehr entwicklungsfördernde Aktivitäten wie Musikunterricht und Sport angeboten werden – dazu braucht es mehr personelle und finanzielle Ressourcen. Zum anderen könnten Eltern in den Schulen und Betreuungseinrichtungen gezielt zu heiklen Themen wie altersgerechter Mediennutzung und gesunder Ernährung beraten werden. Diese Angebote sollten sich nicht auf Familien in Konfliktsituationen beschränken, sondern möglichst alle ansprechen.

Aus IW-Trends 2/2019

Wido Geis-Thöne, Ruth Maria Schüler: Lebenslagen und Kompetenzentwicklung von Grundschulkindern  
[iwkoeln.de/grundschul Kinder](http://iwkoeln.de/grundschul Kinder)



Foto: IW Medien

## „Keine Lehrkraft kann 30 Kinder ausreichend fördern“

**Interview.** Was Eltern und Lehrer tun können, um Kinder im Grundschulalter bestmöglich zu unterstützen, weiß **Petra Sichla**. Die 63-Jährige hat vor ihrer Pensionierung als Grundschullehrerin in Köln gearbeitet.

### Wie wichtig sind die Eltern für die Kompetenzentwicklung ihrer Kinder?

Das Elternhaus spielt eine große Rolle, wobei die Schule aufgrund der heute üblichen Berufstätigkeit beider Elternteile inzwischen viele Aufgaben übernehmen muss. Weil die Eltern so wenig Zeit mit ihren Kindern verbringen, wollen viele ihrem Nachwuchs möglichst alle Wünsche erfüllen, was bei den Kindern wiederum zu einer geringeren Frustrationstoleranz führt. Viele Kinder sind in der Schule dann nicht mehr bereit, etwas zu tun, was ihnen keinen Spaß macht.

### Kann die Grundschule unter diesen Bedingungen trotzdem gleiche Start- und Förderbedingungen für alle Schüler schaffen?

Nein, das kann sie meiner Meinung nach im Moment nicht, denn dafür fehlt es an Personal. In deutschen Grundschulen sitzen in jedem Klassenzimmer durchschnittlich 29 bis 30 Schüler, da kann sich der Lehrer nicht um alle Kinder ausreichend kümmern und sie entsprechend fördern.

### Wie groß sollten Grundschulklassen denn sein?

Persönlich fände ich 15 Schüler je Klasse gut, das ist eine Größe, in der man als Lehrer auch noch die verhaltensauffälligen Kinder, die Verhaltensoriginellen, wie man sie ja heutzutage nennt, in der Gruppe auffangen kann. Zusätzlich bräuchte man auch mehr pädagogisches Personal, die Mitarbeiter in der Nachmittags-

betreuung beispielsweise haben oft keinen pädagogischen Background.

### Würde es helfen, die Grundschulzeit um zwei auf sechs Jahre zu verlängern?

Für Kinder, die bis zum Ende der vierten Klasse nicht altersgerecht entwickelt sind, wäre das sinnvoll. Man sollte sich aber freimachen von dem Gedanken, dass alle Kinder irgendwann mit einem Super-Abi die Schullaufbahn beenden können. Es gibt nun mal Kinder, deren schulische Begabung begrenzt ist.

### Trotzdem streben fast alle Eltern das Abi für ihren Nachwuchs an. Was können Eltern tun, um ihre Kinder bestmöglich zu fördern?

Eltern sollten ihre Kinder vor allem begleiten und für sie präsent sein. Gleichzeitig sollten sie ihnen aber auch Grenzen aufzeigen, sie herausfordern und durch Lob bestätigen. Kein Kind macht gerne Hausaufgaben, manchmal müssen Eltern ihre Kinder regelrecht dazu zwingen. Da kann es helfen, sich daneben zu setzen und die Aufgaben mit ihnen zu machen, indem man erklärt. Wichtig ist allerdings auch, dass die Lehrer die Hausaufgaben kontrollieren, denn im Grundschulalter machen Kinder Hausaufgaben nicht für sich, sondern für die Eltern und die Lehrkraft. Ohne deren Lob haben Kinder keine Motivation und ohne Motivation entsteht keine Konzentration.

### Handys sind bekanntermaßen abträglich für die Konzentration.

Handys sollten meiner Auffassung nach in der Grundschule verboten sein. In diesem Alter geht es vorrangig ums Rechnen, Lesen und Schreiben – Handys lenken ab und sind als Lernwerkzeug in der Grundschule nicht notwendig. Auch von der Persönlichkeitsentwicklung her halte ich Handys für diese Altersgruppe für untauglich.

# Hohe Kostenbelastung

**Arbeitskosten.** Nur vier Länder hatten 2018 noch höhere industrielle Arbeitskosten als Deutschland. Das zeigt eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft.

In den ersten Jahren des neuen Millenniums zählte Deutschland zu den kostenstabilsten Standorten – nur in Japan und Belgien stiegen die Arbeitskosten zwischen 2000 und 2007 noch langsamer als hierzulande. In den Krisenjahren 2007 bis 2011 belegte die Bundesrepublik mit einer kaum höheren Kostendynamik schon nur noch Platz acht im Stabilitäts-ranking – mittlerweile ist die größte Volkswirtschaft Europas auf Rang 16 zurückgefallen.

Lässt man die mittel- und osteuropäischen Länder – die aufgrund ihrer Wirtschaftsentwicklung starke Kostensteigerungen besser ver-

kraften können – außen vor, hatten zwischen 2011 und 2018 lediglich Österreich, die USA, das Vereinigte Königreich und Schweden höhere Kostenanstiege als Deutschland. Das Ergebnis (Grafik):

**Mit 41 Euro hatte die deutsche Industrie 2018 die fünfthöchsten Arbeitskosten von 42 untersuchten Ländern – teurer waren nur Belgien, Dänemark, Norwegen und die Schweiz als Spitzenreiter.**

Im Vergleich zu den anderen großen Volkswirtschaften hat die deutsche Industrie einen deutlichen Kostennachteil. In Frankreich zum Beispiel sind die Arbeitskosten 7 Pro-

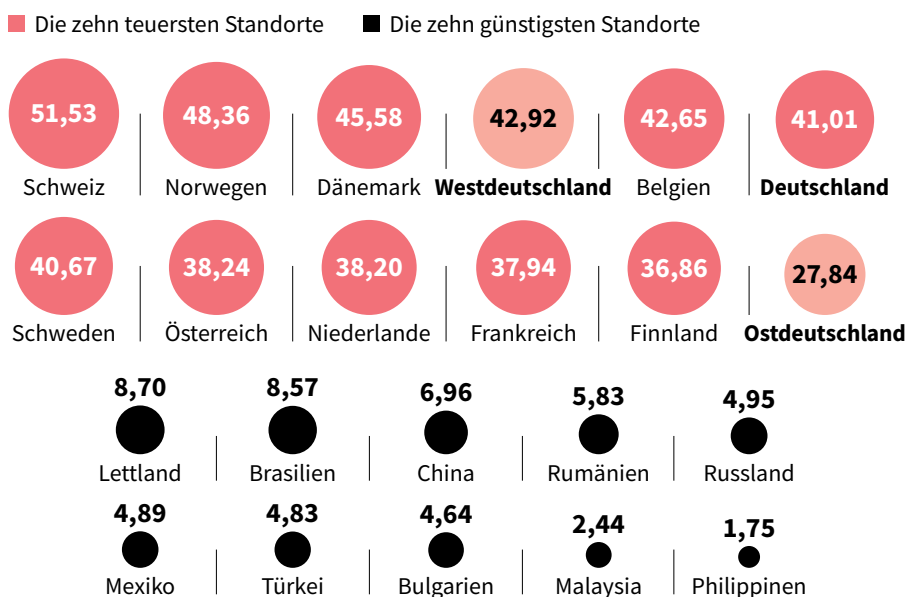
zent niedriger, das Vereinigte Königreich, Kanada und Italien produzieren rund ein Drittel günstiger – und gegenüber Japan beträgt der Kostennachteil sogar 40 Prozent.

Nach wie vor groß ist auch der Kostenunterschied zwischen West- und Ostdeutschland. Mit fast 43 Euro je geleistete Arbeitsstunde würden die westdeutschen Bundesländer für sich betrachtet auf Platz vier des Länderrankings liegen. In Ostdeutschland kostet eine Arbeitsstunde dagegen nur knapp 28 Euro, also etwa so viel wie in Italien oder im Vereinigten Königreich. Allerdings ist der Kostenunterschied zwischen Ost- und Westdeutschland seit dem Jahr 2000 geschrumpft – betrug er damals 42 Prozent, sind es mittlerweile nur noch 35 Prozent.

Das IW vergleicht in seiner Untersuchung nicht nur das Niveau der Arbeitskosten insgesamt, sondern auch deren Komponenten. Beim Direktentgelt, also dem Entgelt für die tatsächlich geleistete Arbeitszeit, ist Deutschland hinter Dänemark, der Schweiz, Norwegen und Luxemburg der fünft teuerste Standort; bei den Personalzusatzkosten sind mit der Schweiz, Belgien, Österreich, Schweden, Frankreich und Norwegen auch nur sechs Länder teurer als die Bundesrepublik.

## Arbeitskosten international

Arbeitskosten je Stunde im Verarbeitenden Gewerbe 2018 in Euro



Umrechnung mit dem Jahresdurchschnitt der amtlichen Devisenkurse; Westdeutschland: einschließlich Berlins

Quellen: Deutsche Bundesbank, Eurostat, Internationale Arbeitsorganisation, nationale Statistiken, Statistisches Bundesamt, U.S. Department of Labor  
© 2019 IW Medien / iwd



# Handelspolitische Risiken für die M+E-Industrie

**Weltwirtschaft.** *Der Handelskonflikt zwischen den USA und wichtigen Handelspartnern, allen voran China, belastet die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und der Welt. Die M+E-Industrie dürfte eine weitere Zuspitzung besonders zu spüren bekommen, denn die wirtschaftspolitischen Unsicherheiten dämpfen schon jetzt die globale Nachfrage nach Investitionsgütern.*

Die USA haben mit ihrem handelspolitischen Alleingang die Grundlagen des Geschäftsmodells deutscher Exporteure erschüttert. Durch die Anhebung der US-Zollsätze auf Aluminium und Stahl im März 2018 auf 10 beziehungsweise 25 Prozent gegenüber den meisten Handelspartnern wurden seit langer Zeit erstmals wieder Handelsbarrieren auf- statt abgebaut.

Es folgten gezielte Maßnahmen der Vereinigten Staaten, um die Wettbewerbsposition der Weltfabrik China zu schwächen. Zwar beschränken sich die meisten Zollerhöhungen der USA auf die Importe aus China, doch ihre Konsequenzen erstrecken sich auf die ganze Welt.

Die in den vergangenen Jahrzehnten aufgebauten globalen Wertschöpfungsketten funktionieren nicht mehr wie selbstverständlich. Zahlreiche global agierende Unternehmen müssen ihre Strategie überdenken und einen Plan B entwickeln, wie sie in einer Welt mit erheblichen Handelsbarrieren zurechtkommen.

Für die deutsche Wirtschaft und vor allem für die M+E-Industrie – ein wichtiger Lieferant von Investitionsgütern – sind das keine guten Nach-

richten. Zum Jahreswechsel erreichte die globale wirtschaftspolitische Unsicherheit ein Allzeithoch.

Viele internationale Institutionen senkten ihre Prognose für die weltwirtschaftliche Entwicklung und begründeten die Korrektur vor allem mit den handelspolitischen Spannungen. Die Auswirkungen auf das Investitionsverhalten sind bereits spürbar (obere Grafik Seite 7):

**Die globalen preis- und saisonbereinigten Investitionen sind im ersten Quartal 2019 so schwach gewachsen wie seit Ende 2009 nicht mehr, also zum Zeitpunkt der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise.**

Auch die Entwicklung des Welt-handelsvolumens war zum Jahreswechsel so schwach wie zuletzt 2009. Die negativen Tendenzen schlugen sich auch in der Konjunkturumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft nieder. Die Exporterwartungen der deutschen Unternehmen für das laufende Jahr waren im März und April 2019 so pessimistisch wie zuletzt am Höhepunkt der Wirtschaftskrise 2009.

Dass die USA vor allem ihrer eigenen Wirtschaft durch die steigenden Kosten von Vorprodukten und

ihren eigenen Verbrauchern durch steigende Produktpreise schaden, haben bereits zahlreiche Studien bestätigt. Dennoch droht der Handelskonflikt weiter zu eskalieren – sowohl zwischen den USA und China als auch im US-Automobilhandel mit anderen Ländern.

Dabei hat sich sogar die US-Autoindustrie gegen eine Anhebung der US-Zölle auf Importe von Autos und Autoteilen ausgesprochen – und das aus gutem Grund:

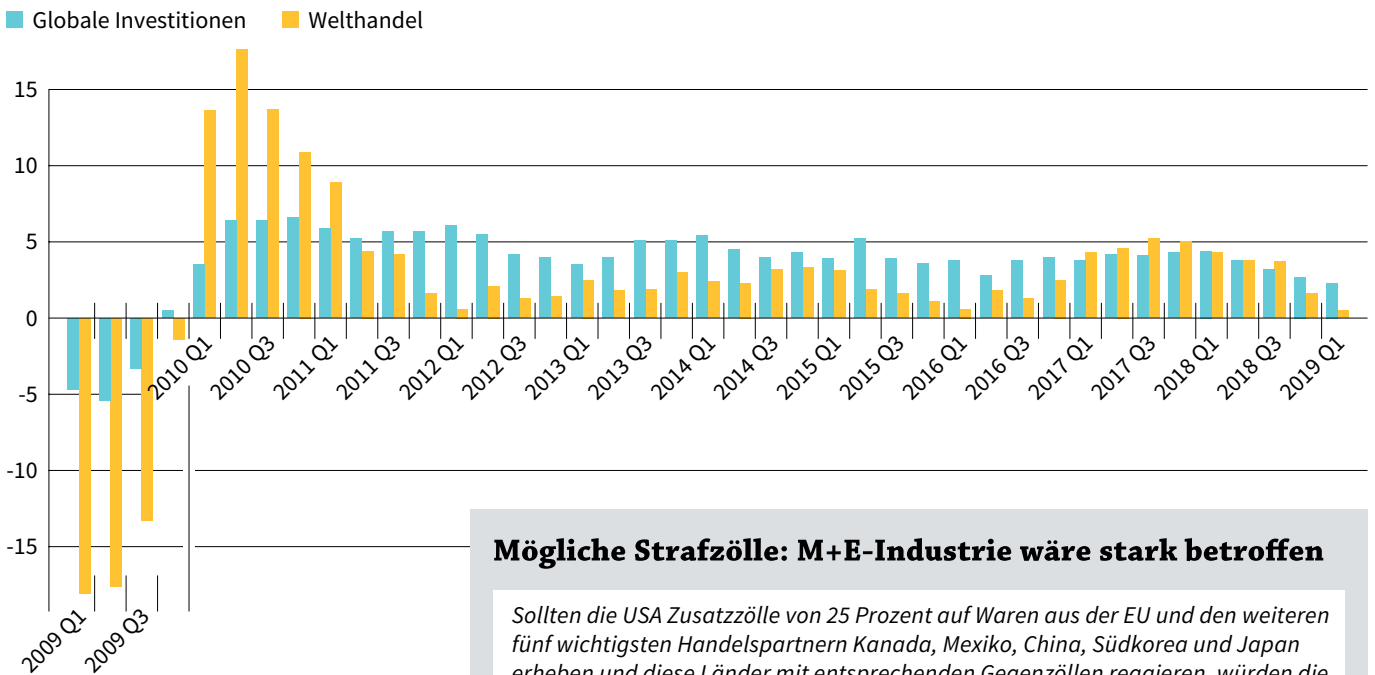
**Selbst das wohl typischste US-Fahrzeug, der Ford F150, besteht nur zu 65 Prozent aus US-amerikanischen und kanadischen Bauteilen.**

Steigende Kosten für den Import von Vorprodukten würden die Wettbewerbsposition US-amerikanischer Hersteller schwächen. Trotzdem ist die Drohung noch nicht vom Tisch – ein Risikofaktor mehr in Zeiten, in denen der globale Wirtschaftsmotor sowieso ins Stottern gerät. Dass die USA sich bei den Autozöllen Zeit lassen, erscheint nachvollziehbar, denn sie haben wohl kein Interesse, an mehreren Fronten gleichzeitig zu kämpfen.

Sollte es aber tatsächlich zu einer weiteren Eskalation des Handelskon-

## Die Weltwirtschaft schwächelt

Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent



Preis- und saisonbereinigt

Quellen: Centraal Planbureau, Oxford Economics, Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwd

iwd

fluktuieren, würden die Handelspartner mit Vergeltungsmaßnahmen reagieren. In dem hypothetischen Fall, dass die USA die Durchschnittszölle gegenüber der EU und den fünf weiteren wichtigsten Handelspartnern – Kanada, Mexiko, China, Japan und Südkorea – um 25 Prozent anheben und diese mit entsprechenden Maßnahmen reagieren, wären die Folgen für die Weltwirtschaft gravierend.

Simulationen mit dem Global Economic Model von Oxford Economics gelangen zu dem Ergebnis, dass das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach fünf Jahren um 2,5 Prozent geringer ausfallen würde, falls es zu solch einer Eskalation käme (untere Grafik):

**Deutschland wäre aufgrund der Abhängigkeit vom Exportgeschäft überdurchschnittlich stark von einem eskalierenden Handelskonflikt betroffen.**

### Mögliche Strafzölle: M+E-Industrie wäre stark betroffen

Sollten die USA Zusatzzölle von 25 Prozent auf Waren aus der EU und den weiteren fünf wichtigsten Handelspartnern Kanada, Mexiko, China, Südkorea und Japan erheben und diese Länder mit entsprechenden Gegenzöllen reagieren, würden die folgenden wirtschaftlichen Kennzahlen nach fünf Jahren so weit von der aktuellen Prognose abweichen

in Prozent	-2,5	Globales Bruttoinlandsprodukt (BIP)
	-4,4	BIP in Deutschland
	-7,3	Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
-437.000		Beschäftigung in der deutschen M+E-Industrie

Quellen: Oxford Economics, Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwd

Das deutsche BIP würde in fünf Jahren um 4,4 Prozent geringer ausfallen, die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt sogar um 7,3 Prozent. Für die M+E-Industrie müssten in diesem Szenario viele Beschäftigte um ihren Job bangen. Durch den schwächeren Handel und die hohe Unsicherheit würden knapp 440.000 Stellen wegfallen.

Es ist daher auch im deutschen Interesse zu hoffen, dass die USA den Konflikt gemeinsam mit den Handelspartnern lösen, denn deren Anliegen sind in vielen Fällen begründet. Im Handelsstreit mit China

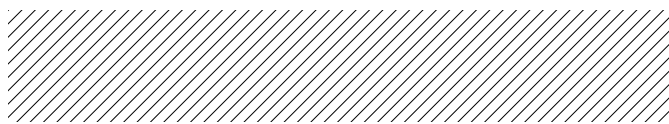
fordern die Partnerländer Maßnahmen gegen die Wettbewerbsverzerrung durch staatliche Unternehmen und subventionierte Produkte sowie Reziprozität bei der Marktöffnung und Maßnahmen gegen den Diebstahl geistigen Eigentums.

Wenn sie bei diesen Punkten erfolgreich sind und eine Lösung im Rahmen der Welthandelsorganisation erzielt werden kann, wird die ganze Welt profitieren, nicht zuletzt Deutschland. Denn eine verlässliche und zeitgemäße globale Handelsordnung ist die wichtigste Voraussetzung für das Fortbestehen des deutschen Geschäftsmodells.

# Safety first: Arbeit wird sicherer

**Gesetzliche Unfallversicherung.** Vom Arbeits- oder Wegeunfall über die Behandlung von Berufskrankheiten bis hin zur Berufsunfähigkeit – im Fall der Fälle sorgen in Deutschland die Berufsgenossenschaften für Hilfe. Die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung organisieren und finanzieren die medizinische Behandlung, die Rehabilitation und, falls nötig, auch die Rentenzahlung. Die ausschließlich vom Arbeitgeber gezahlten Beiträge berechnen sich auf Basis branchen- und betriebsspezifischer Risiken, schützen den Arbeitnehmer jedoch auch in Bereichen, auf die der Arbeitgeber keinen direkten Einfluss hat – beispielsweise auf dem Weg zur Arbeit. Erfreulich: Trotz steigender Beschäftigungszahlen

ist die Zahl der Arbeits- und Wegeunfälle im Jahr 2017 um 0,5 Prozent unter das Vorjahresniveau gesunken. Noch deutlicher wird der Effekt, wenn man das Unfallrisiko misst. Je 1.000 Vollzeitstellen ereigneten sich zuletzt 22,5 Unfälle – im Jahr 2015 waren es noch 23,3. In der gewerblichen Wirtschaft ist der Wert seit der Jahrtausendwende sogar um 40 Prozent gefallen. Die Fortschritte im Arbeitsschutz verdeutlicht auch die Entwicklung der Unfallrenten: Zwar fließt weiterhin ein Großteil der berufsgenossenschaftlichen Aufwendungen in die Rente, dennoch ist die Zahl der Renten infolge von Arbeitsunfällen seit 2010 aufgrund der verbesserten Sicherheits- und Gesundheitsstandards um ein Neuntel gesunken.



## Arbeits- und Wegeunfälle

im Jahr 2017

- Insgesamt
- Darunter: im Bereich der gewerblichen Berufsgenossenschaften

<b>Meldepflichtige Arbeitsunfälle</b>	<b>954.627</b>	<b>799.883</b>
je 1.000 Vollarbeiter	22,5	22,2
<b>Meldepflichtige Wegeunfälle</b>	<b>193.150</b>	<b>164.190</b>
je 1.000 Versicherungsverhältnisse	3,7	3,8
<b>Darunter mit tödlichem Ausgang</b>		
Arbeitsunfälle	564	453
Wegeunfälle	286	244

Insgesamt: Gewerbliche Wirtschaft einschließlich Landwirtschaft und öffentlicher Dienst; Vollarbeiter: einschließlich Teilzeitkräften umgerechnet auf Vollzeitarbeitsplätze; Wegeunfälle: zwischen Wohnort und Arbeitsstätte, nicht in Ausübung der beruflichen Tätigkeit

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales  
© 2019 IW Medien / iwd

## Mehr Sicherheit in allen Branchen

Gemeldete Arbeitsunfälle je 1.000 Vollarbeiter in der gewerblichen Wirtschaft

	<b>37,1</b>	<b>26,6</b>	<b>22,2</b>
<b>Berufsgenossenschaften der gewerblichen Wirtschaft insgesamt</b>			
	2000	2010	2017
Bauwirtschaft	90,4	66,5	53,6
Verkehrswirtschaft, Post-Logistik, Telekommunikation	48,8	43,5	43,0
Holz und Metall	58,3	42,6	34,6
Nahrungsmittel und Gastgewerbe	56,0	40,1	33,3
Handel und Warendistribution	32,6	26,9	23,1
Energie, Textil, Elektro, Medienerzeugnisse	22,9	21,8	18,1
Rohstoffe und chemische Industrie	30,8	19,2	18,1
Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege	15,9	15,7	15,7
Verwaltung	19,0	15,8	12,0

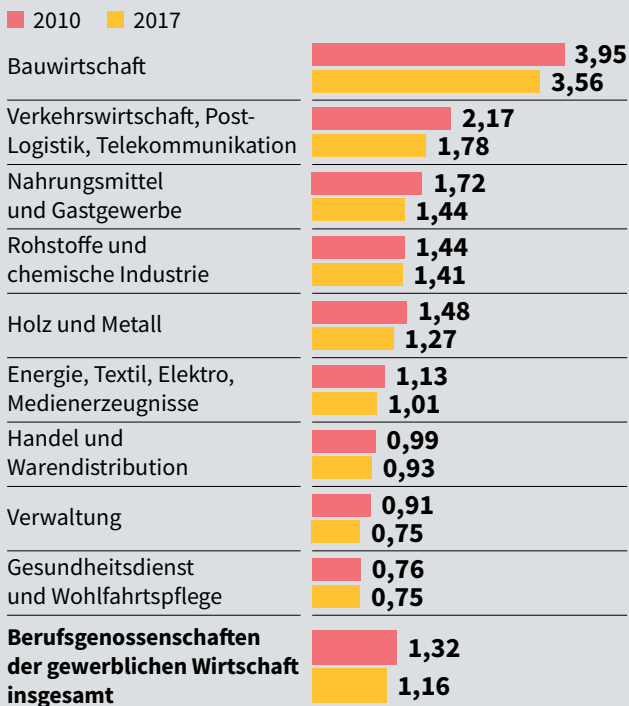
Vollarbeiter: einschließlich Teilzeitkräften umgerechnet auf Vollzeitarbeitsplätze; Gewerbliche Wirtschaft: ohne landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft und ohne Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand; Verkehrswirtschaft, Post-Logistik, Telekommunikation: bis 2015 Transport und Verkehrswirtschaft; Verwaltung: einschließlich Bahnen, Glas/Keramik

Quelle: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung  
© 2019 IW Medien / iwd



### Beitragssätze im Sinkflug

Beiträge der Arbeitgeber zur Unfallversicherung in Prozent des gesamten Arbeitsentgelts



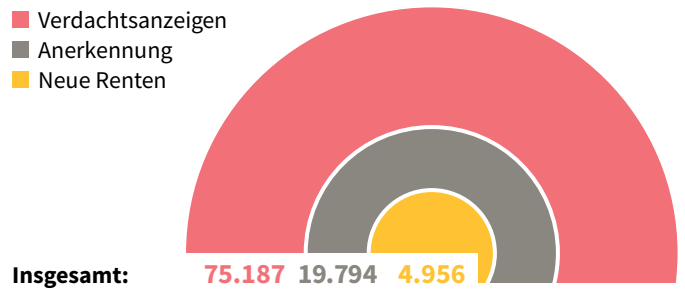
Gewerbliche Wirtschaft: ohne landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft und ohne Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand; Verkehrswirtschaft, Post-Logistik, Telekommunikation: bis 2015 Transport und Verkehrswirtschaft; Verwaltung: einschließlich Bahnen, Glas/Keramik

Ursprungsdaten: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung © 2019 IW Medien / iwd



### Berufskrankheiten: Von der Meldung bis zur Rente

Im Jahr 2017 wurden von den am häufigsten angezeigten Fällen so viele auch als Berufskrankheit anerkannt und führten schließlich zu einer Berufsunfähigkeitsrente



Darunter:

Kategorie	Verdachtsanzeigen	Anerkennung	Neue Renten
Hautkrankheiten	27.695	4.448	557
Physikalische Einwirkungen (Druckluft, Lärm, Strahlen etc.)	23.727	8.126	861
Erkrankungen der Atemwege, Lungen, des Rippenfells oder des Bauchfells	15.390	5.185	2.968
Chemische Einwirkungen (Metalle, Erstickungsgase, Lösungsmittel, Pestizide, sonstige chemische Stoffe)	4.281	667	489

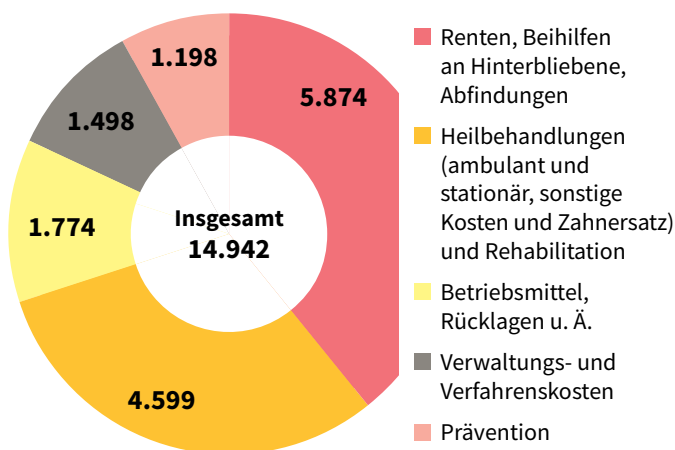
Gesetzliche Unfallversicherung: Berufsgenossenschaften der gewerblichen Wirtschaft, landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft und Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand

Ursprungsdaten: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung © 2019 IW Medien / iwd



### Ausgaben: Das Gros fließt in Renten

Aufwendungen der gesetzlichen Unfallversicherung 2017 in Millionen Euro



Gesetzliche Unfallversicherung: Berufsgenossenschaften der gewerblichen Wirtschaft und Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand, ohne landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft

Ursprungsdaten: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung © 2019 IW Medien / iwd



### Sicherheit und Prävention

**182.504**-mal besichtigte die staatliche Gewerbeaufsicht im Jahr 2017 insgesamt 74.750 Betriebe sowie Anlagen außerhalb der Betriebsgelände.

**456.002** Besichtigungen führten allein die Berufsgenossenschaften der gewerblichen Wirtschaft im Jahr 2017 zusätzlich durch. Betroffen waren davon 215.835 Unternehmen. Nur in 29.355 Fällen gab ein meldepflichtiger Unfall Anlass zu einer Untersuchung.

**506.892** Sicherheitsbeauftragte sowie 79.986 Sicherheitsfachkräfte sorgten 2017 für die Umsetzung und Handhabung einschlägiger Richtlinien und Vorschriften in den Betrieben der gewerblichen Wirtschaft.

**1,915 Millionen** Teilnehmer wurden dazu 2017 in insgesamt 174.045 überwiegend mehrtägigen Kursen geschult – von der Führungskraft bis hin zur Hilfskraft.

Gewerbliche Wirtschaft: ohne landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft und ohne Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

# Mit Freibetrag Lebensleistung anerkennen

**Gesetzliche Rentenversicherung.** Erst die Lebensleistungsrente, dann die Solidarrente, jetzt die Respekt-Rente – seit Jahren stehen verschiedene Grundrentenmodelle zur Diskussion, die bedürftigen Bundesbürgern ein würdiges Auskommen im Ruhestand garantieren sollen. Doch wer würde von einer Aufstockung der gesetzlichen Rente ohne Prüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse wirklich profitieren?

Die Motive klingen edel: Altersarmut bekämpfen und Lebensleistungen honorieren. Bei genauerer Betrachtung der Reformpläne – wie der von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) vorgeschlagenen „Respekt-Rente“ – drängt sich jedoch schnell die Frage auf: Inwiefern würden Modelle ohne Bedürftigkeitsprüfung tatsächlich für einen gerechteren und zielgerichteten Schutz vor Altersarmut sorgen und welchen Effekt hätte der Verzicht auf eine Bedürftigkeitsprüfung?

Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels zeigt: Betrachtet man nur die gesetzliche Rente ohne Prüfung weiterer Einkommensquellen, des Haushaltseinkommens und der Vermögensverhältnisse, dann hätten derzeit insgesamt 7,5 Millionen Personen eine eigene gesetzliche Rente unterhalb der Grundsicherungsleistungen – unabhängig von der Zahl der Beitragsjahre (Grafik). Das wäre fast die Hälfte aller Rentner in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Von einer Rentenaufstockung ohne Bedürftigkeitsprüfung würde deshalb die teilzeitbeschäftigte

Millionärsgattin ebenso profitieren wie eine bedürftige Krankenschwester oder Altenpflegerin.

Unter Berücksichtigung der individuellen Einkommensverhält-

nisse, des gesamten Haushaltseinkommens sowie des selbst genutzten Wohneigentums verringert sich die Zahl der möglichen Rentenaufstocker jedoch drastisch:

## Rentenaufstockung: Ohne Bedürftigkeitsprüfung ungerecht

So viele Rentner haben ein Einkommen unterhalb der Bedürftigkeitsschwelle

■ In Prozent aller Rentner der gesetzlichen Rentenversicherung

Unter Berücksichtigung von Einkommen aus ...



Bedürftigkeitsschwelle: Regelsatz der Grundsicherung im Alter zuzüglich Kosten für Warmmiete und Versichertenbeitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner; Bedürftigkeitsprüfung: nur einkommensbezogen, ohne Berücksichtigung von Vermögen im Haushalt; gesetzliche Rente aus eigenem Anspruch: ohne Hinterbliebenenversorgung

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwd

## Rentenreform: Mit Freibetrag mehr im Portemonnaie

Beispielrechnung: Verfügbares Einkommen einer Rentnerin im ländlichen Raum Ostdeutschlands in Euro

	Ohne Freibetrag	Mit Freibetrag von bis zu 212 Euro
Gesetzliche Rente pro Monat	€ 424	€ 424
Grundsicherung bei Bedürftigkeit	€ 366	€ 563
Verfügbares Einkommen	€ 790	€ 987

Grundsicherung bei Bedürftigkeit: einschließlich der Kosten für Miete, Heizung und Freibetrag für Altersvorsorge; Annahme: Die ersten 100 Euro des Alterseinkommens bleiben bei der Bedürftigkeitsprüfung anrechnungsfrei, von dem darüber hinausreichenden Alterseinkommen 30 Prozent, insgesamt bis zu 50 Prozent der Regelbedarfsstufe eins, im Jahr 2019 also 212 Euro

Quelle: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft  
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

**Mit Bedürftigkeitsprüfung reduziert sich die Zahl der potenziell unterstützungsbedürftigen Rentner von 7,5 auf knapp 1,5 Millionen – selbst dann, wenn man die Vermögensverhältnisse außer Acht lässt.**

Demnach drohen – bei einem Verzicht auf die ausschließlich einkommensbezogene Bedürftigkeitsprüfung – bis zu 80 Prozent der Rentenaufstockungen fehladressiert zu werden. Sie würden Personen erreichen, die aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse nicht als unterstützungsbedürftig einzustufen sind. Berücksichtigt man zusätzlich die Vermögensverhältnisse, würde sich diese Fehlquote noch weiter erhöhen.

Die Analyse unterstreicht die Notwendigkeit einer Bedürftigkeitsprüfung. Doch wie sollte diese ausgestaltet werden, um den wirklich bedürftigen Rentnern gezielt unter die Arme zu greifen und deren Lebensleistung auch in monetärer Form anzuerkennen?

Als Lösung bietet sich ein Freibetrag an. Der führt dazu, dass gesetzliche Renten und weitere Alterseinkünfte bis zu einer bestimmten Höhe bei der Bedürftigkeitsprüfung anrechnungsfrei bleiben.

Bei einem Freibetrag von beispielsweise 200 Euro pro Monat, der für alle gesetzlichen Rentner eingeführt würde, sinkt die Zahl der bedürftigen Rentnerinnen und Rentner deutlich. Die Zahl der

Rentnerhaushalte mit Anspruch auf Grundrente reduziert sich durch den Freibetrag von knapp 1,5 Millionen auf gut 900.000.

Allerdings würde sich durch den Freibetrag das verfügbare Einkommen der dann noch bedürftigen Rentner deutlich erhöhen, wie eine Beispielrechnung zeigt (Grafik):

**Eine Rentnerin – ohne weitere Einkommen und Vermögen – mit einer gesetzlichen Rente von 424 Euro hat nach derzeitiger Gesetzeslage Anspruch auf Grundsicherung in Höhe von 366 Euro und damit ein Einkommen von insgesamt 790 Euro. Mit einem Freibetrag steigt ihr verfügbares Einkommen auf 987 Euro.**

Freibeträge wären ein guter Weg, die Lebensleistung von Rentnern mit geringen Beitragszahlungen zu respektieren und zu honorieren.

Allerdings entstünde dadurch ein neues Problem: Alle, die mit ihrer Rente auch nur 1 Euro über der Grundsicherungsschwelle liegen, würden nicht vom Freibetrag profitieren und hätten deshalb weniger als jene, die einen Teil ihrer Alterseinkommen anrechnungsfrei behalten dürfen.

Unabhängig davon bleibt offen, wie das Problem der verschämten Altersarmut gelöst werden kann, also das Phänomen, dass ein Teil der bedürftigen Rentner die ihnen zustehenden Leistungen aus Scham nicht abrufen. Deshalb sollte die Bedürftigkeitsprüfung so gestaltet werden, dass sie als würdevoll empfunden wird.

### IW-Gutachten

Jochen Pimpertz, Maximilian Stockhausen:  
Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung:  
Wer profitiert ohne Not? – Eine mikrodatenbasierte Analyse potenziell bedürftiger Rentner, IW-Gutachten im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft  
[iwkoeln.de/grundrente](http://iwkoeln.de/grundrente)

# Gemeinsame Kraftanstrengung

**Weiterbildung.** Ständige Qualifizierung der Mitarbeiter ist in der Metall- und Elektro-Industrie ein essenzieller Baustein für den Erfolg. In den Unternehmen spiegelt sich das in vielfältigen Angeboten wider. Durch die Transformation der Wirtschaft kommen aber noch einmal neue Herausforderungen auf die Unternehmen und ihre Mitarbeiter zu. Auch deshalb ist M+E ein wichtiger Partner in der Nationalen Weiterbildungsstrategie des Bundes.

Neue Technologien, immer mehr digitale Anwendungen, veränderte Produktwünsche der Kunden – die Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie müssen sich ständig auf veränderte Gegebenheiten einstellen. Damit ihnen das optimal gelingen kann, brauchen die M+E-Betriebe eine Belegschaft mit entsprechendem Know-how. Um das zu erreichen, setzt die große Mehrheit der Unternehmen auf die Weiterbildung der Beschäftigten (Grafik):

**Rund 86 Prozent der M+E-Betriebe in Deutschland haben 2018 ihre Mitarbeiter für Weiterbildungen freigestellt und/oder deren Weiterbildungen bezahlt.**

Die hohe Weiterbildungsquote hat in der M+E-Industrie Tradition. Lediglich in den Jahren der Finanzkrise lag sie etwas niedriger.

Für die Unternehmen ist Wissen der Grundstein für ihre Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten. Dementsprechend investieren die M+E-Betriebe Jahr für Jahr über 8 Milliarden Euro in die Qualifizierung ihrer Mitarbeiter – mit rund 4,2 Milliarden Euro fließt davon etwas mehr als die Hälfte in die Weiterbildung.

Die Aufwendungen verteilen sich auf direkte und indirekte Kosten. Direkte Kosten sind zum Beispiel Aufwendungen für interne und externe Dozenten, Teilnahmegebühren,

Reisekosten oder Kosten für Medien und Lehrmaterialien. Indirekte Kosten entstehen vor allem durch den Arbeitsausfall der Mitarbeiter während der Weiterbildung.

Viele Unternehmen bieten verschiedene Optionen zur Weiterbildung an. Am häufigsten nutzen sie externe Kurse und Seminare, um ihre Mitarbeiter auf den neuesten Stand zu bringen. Rund 92 Prozent der

M+E-Betriebe wählten im Jahr 2018 diese Methode (Grafik Seite 13).

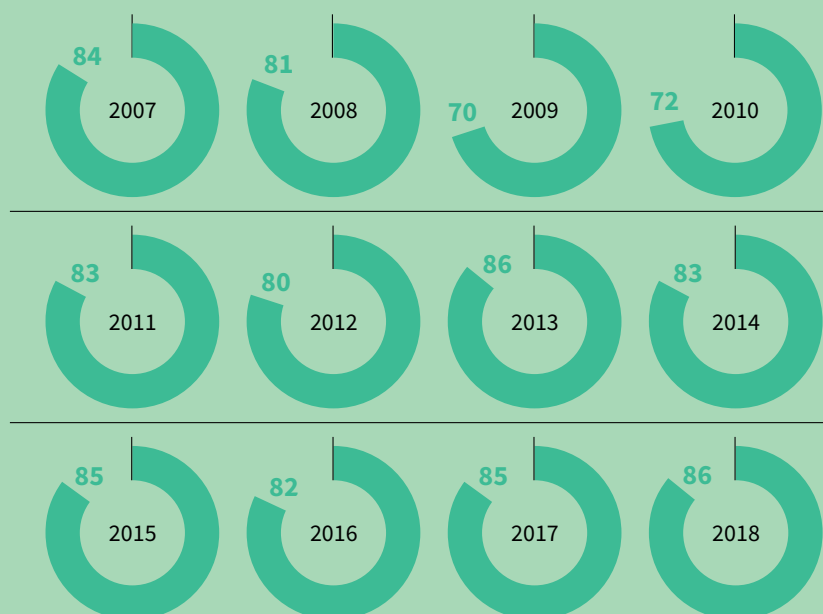
Immer wichtiger fürs Lernen wird das direkte Arbeitsumfeld der Beschäftigten:

**79 Prozent der M+E-Unternehmen haben im Jahr 2018 ihre Mitarbeiter direkt an ihrem Arbeitsplatz weitergebildet.**

Hintergrund: Die Beschäftigten benötigen oft spezifisches Wissen,

## Metall- und Elektro-Industrie: Konstant hohe Weiterbildungsbereitschaft der Betriebe

So viel Prozent der M+E-Unternehmen in Deutschland förderten Weiterbildungsmaßnahmen



Quelle: IAB-Betriebspanel © 2019 IW Medien / iwid

um ihren Job bestmöglich zu erledigen. Direkte, passgenaue Maßnahmen nutzen ihnen daher mehr als eine ausgelagerte oder allgemeine Weiterbildung. Auch für die Unternehmen ist diese Vorgehensweise vorteilhaft, denn der betriebliche Bedarf ist letztlich ausschlaggebend für eine erfolgreiche und nachhaltige berufliche Qualifizierung.

Durch die fortschreitende Digitalisierung und neue Mobilitätskonzepte könnte die individuelle Weiterbildung am Arbeitsplatz in Zukunft sogar noch häufiger zum Einsatz kommen.

Generell müssen Unternehmen bei ihren Weiterbildungsmaßnahmen stets die eigene Ausrichtung im Blick haben. Weiterbildungen „auf Vorrat“ sind in der M+E-Industrie nicht zielführend.

**Grundsätzlich gilt, dass die Weiterbildung nur dann Erfolg verspricht, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam an einem Strang ziehen.**

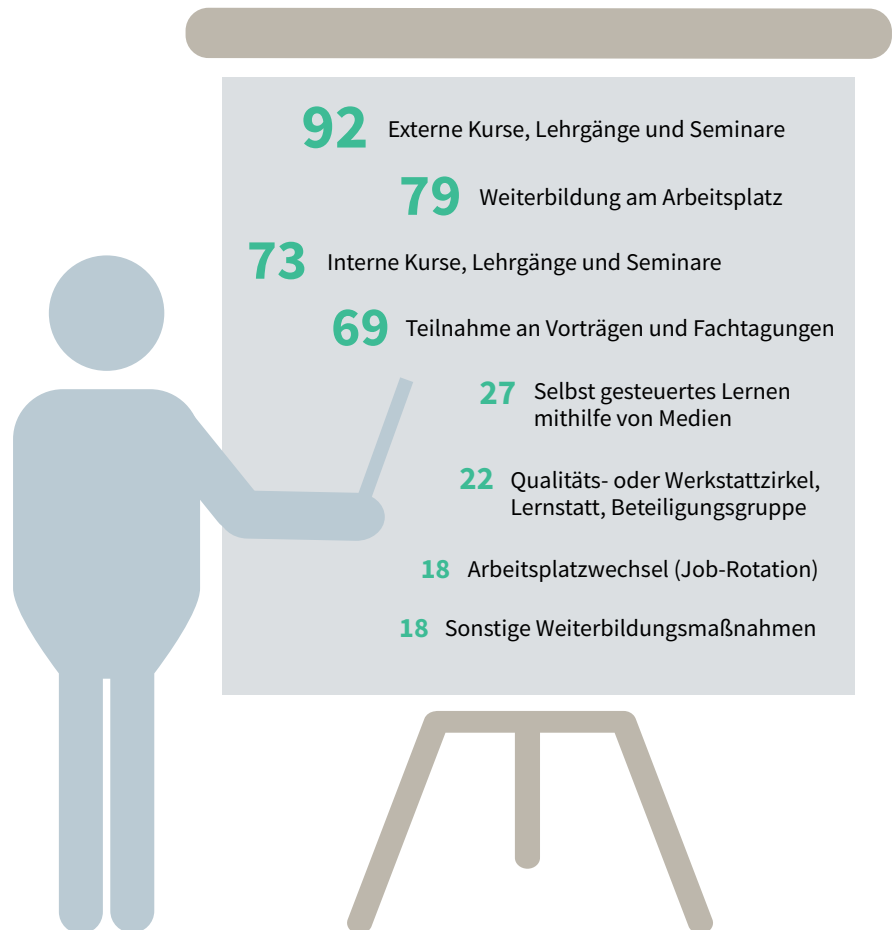
Denn die Betriebe können die Angebote nur bereitstellen – die Möglichkeiten auch zu nutzen, ist Sache der Mitarbeiter.

Die berufliche Weiterbildung ist nicht nur in der Metall- und Elektro-Industrie ein großes Thema. Über alle Branchen hinweg gilt die Weiterbildung als Schlüssel zur Fachkräftesicherung. Die Beschäftigten ihrerseits sind durch stetige Qualifizierung den Anforderungen der sich wandelnden Arbeitswelt besser gewachsen.

Um die Kräfte zu bündeln, haben Bund, Länder, Wirtschaft, Gewerkschaften und die Bundesagentur für Arbeit gemeinsam eine Nationale Weiterbildungsstrategie (NWS) entwickelt. Die M+E-Industrie ist durch ihren Arbeitgeberverband Gesamtmetall vertreten. Die Strategie soll dem Wandel der Arbeitswelt Rechnung tragen und helfen, eine

## Metall- und Elektro-Industrie: Lernen am Arbeitsplatz immer wichtiger

So viel Prozent der M+E-Unternehmen in Deutschland förderten im Jahr 2018 diese Weiterbildungsmaßnahmen für ihre Mitarbeiter



Quelle: IAB-Betriebspanel  
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

neue Weiterbildungskultur in Deutschland zu etablieren.

Zwar ist Weiterbildung eine zentrale Aufgabe der Unternehmen, in der NWS ist aber festgehalten, dass die öffentliche Hand und die Beschäftigten ebenfalls in der Verantwortung stehen. Dabei geht es um zielgerichtete Förderprogramme, die Unterstützung gerade von kleinen und mittleren Unternehmen oder die Bereitschaft und Motivation von Beschäftigten zur Weiterbildung.

Die Partner der NWS haben sich auf zehn Handlungsziele verständigt. So wollen sie die Qualität von Weiterbildungsangeboten und die Qualitätssicherung verbessern.

Ein wichtiger Punkt ist außerdem die Schulung des Lehrpersonals. Nicht nur für die Beschäftigten verändern sich die Bedingungen durch die Digitalisierung der Arbeitswelt. Auch die Trainer, Referenten und Dozenten müssen mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien umgehen und diese in ihren Seminaren und Kursen nutzen.

Die Partner der Nationalen Weiterbildungsstrategie wollen sich in Zukunft regelmäßig über die Fortschritte in der Weiterbildung austauschen. Für die Koordination und Vernetzung der verschiedenen Aktivitäten wird ein eigenes Gremium eingesetzt.

# Schritt nach vorn

**Wohngeld.** Ab 2020 steigt nicht nur das Wohngeld selbst, sondern vor allem die Zahl der Haushalte, die diesen staatlichen Zuschuss erhalten. Trotzdem geht die Reform nicht weit genug.

Das Wohngeld fungiert als Netz vor dem Netz: Es ist für all jene Haushalte vorgesehen, deren verfügbares Einkommen zwar nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt einschließlich der Miete abzudecken, gleichwohl aber so hoch ist, dass sie keinen Anspruch auf Hartz IV haben. Im Jahr 2017 traf dies auf 483.000 Haushalte mit insgesamt rund 1,3 Millionen Menschen zu – im Schnitt bekamen die Haushalte ein Wohngeld von 147 Euro pro Monat.

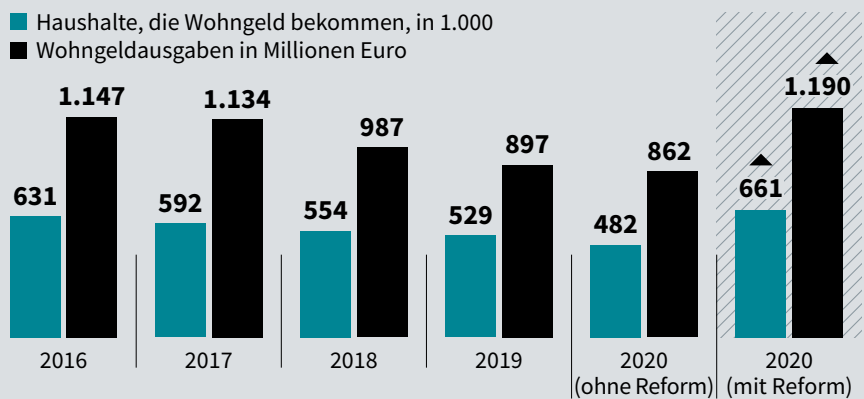
Bei steigenden Mieten und Verbraucherpreisen muss das Wohngeld von Zeit zu Zeit angepasst werden, zuletzt geschah dies im Jahr 2016. Dass die Bundesregierung bereits in diesem Jahr eine neuerliche Reform beschlossen hat, liegt vor allem an den stark steigenden Mieten in vielen Großstädten. Die ab Januar 2020 geltenden Änderungen haben große Auswirkungen (Grafik):

**Die Zahl der Haushalte, die Wohngeld bekommen, steigt um fast 40 Prozent auf gut 660.000 – und die staatlichen Wohngeldausgaben erhöhen sich von knapp 0,9 auf nahezu 1,2 Milliarden Euro pro Jahr.**

Künftig haben rund 154.000 Haushalte einen Anspruch auf Wohngeld, die bisher leer ausgegangen sind. Dabei handelt es sich um Haushalte am oberen Einkommensrand der Wohngeldbezieher, sodass

## Die Wohngeld-Reform

Im Jahr 2019 wurde das Gesetz zum Wohngeld in Deutschland reformiert, dadurch steigt die Zahl der berechtigten Empfänger



Ab 2018: IW-Prognose; 2020 (ohne Reform): einschließlich Reform des Kinderzuschlags; Haushalte: einschließlich jener, in denen auch vom Wohngeld ausgeschlossene Haushaltsmitglieder (z. B. Hartz-IV-Empfänger) leben

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

ihr Zuschuss mit im Schnitt 46 Euro entsprechend niedrig ausfällt.

Weitere 24.000 Haushalte, die künftig Wohngeld bekommen werden, haben zuvor Grundsicherung bezogen – diese Gruppe kann mit durchschnittlich 155 Euro Wohngeld pro Monat rechnen. Für die derzeit 449.000 reinen Wohngeldhaushalte steigt der Zuschuss von 147 auf im Schnitt 196 Euro.

**Insgesamt erhöht sich das Wohngeld ab 2020 um 7,5 Prozent auf durchschnittlich 158 Euro pro Monat.**

Außerdem wird der staatliche Zuschuss ab Januar 2022 alle zwei Jahre an die Preis- und Mietentwicklung angepasst. Das Wohngeld können übrigens nicht nur Mieter beantragen, sondern auch Eigentümer, die ihre Wohnung selbst nutzen.

Trotz aller Verbesserungen geht die Reform des Wohngelds nicht weit

genug. Es sollte möglichst allen Haushalten zugutekommen, die ihren Lebensunterhalt selbst erwirtschaften und nur wegen ihrer hohen Wohnkosten auf aufstockende Grundsicherung angewiesen sind.

Dies wäre schon deshalb sinnvoll, weil das Wohngeld mit weniger bürokratischem Aufwand verbunden ist als andere Sozialleistungen. Ein weiteres Problem ist, dass Familien das Wohngeld und den Kinderzuschlag – eine zusätzliche Leistung zum Kindergeld – derzeit unabhängig voneinander beantragen müssen. Deshalb sollten beide Systeme besser aufeinander abgestimmt oder sogar zusammengeführt werden.

### IW-Kurzbericht 32/2019

Ralph Henger, Judith Niehues:  
Wohngeldreform 2020 – Stärkung eines vernachlässigten Instruments  
[iwkoeln.de/wohngeld](http://iwkoeln.de/wohngeld)



# Maßvoll regulieren

**Dienstleistungsexporte.** Rund elf Millionen Arbeitsplätze in der Europäischen Union hängen mit Dienstleistungen für Kunden in jeweils anderen EU-Staaten zusammen. Die wirtschaftliche Bedeutung der Serviceausfuhren ist hoch, daher sollte die EU-Kommission den Bereich mit Augenmaß regulieren. Die aktuelle Richtlinie schießt übers Ziel hinaus.

Seien es polnische Lkw-Fahrer, die in Deutschland Waren ausliefern, oder Zeitarbeitskräfte aus Rumänien: Wenn das Thema Dienstleistungen durch ausländische Beschäftigte diskutiert wird, stehen meist solche Einfachjobs im Vordergrund.

Doch der europäische Binnenmarkt hat die Dienstleistungsexporte auch in wissensintensiven Branchen wachsen lassen – zum Beispiel überwachen Ingenieure Bauprojekte im Ausland und Wissenschaftler forschen und lehren an Universitäten außerhalb ihres Heimatlands. Immerhin 4,2 Prozent aller Jobs in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen in der EU hingen 2014 von grenzüberschreitenden Tätigkeiten ab – kaum weniger als in der Gesamtwirtschaft (4,8 Prozent).

Seit der Jahrtausendwende ist die Bedeutung von Dienstleistungen, die Arbeitnehmer eines EU-Staates in einem anderen Mitgliedsland erbringen, rasant gewachsen (Grafik):

**Im Jahr 2014 hingen 10,9 Millionen Arbeitsplätze in den 28 EU-Staaten direkt oder indirekt von Dienstleistungsexporten in jeweils andere EU-Länder ab – fast doppelt so viele wie im Jahr 2000.**

Und weil es dabei eben nicht nur um Billigjobs geht, sind es auch nicht

die osteuropäischen Länder, die in erster Linie von Dienstleistungsexporten profitieren. So ist der Anteil der damit verbundenen Arbeitsplätze an der Gesamtbeschäftigung in den Niederlanden deutlich höher als in Polen oder Rumänien. Unterm Strich entfallen 74 Prozent aller grenzüberschreitenden Dienstleistungsarbeitsplätze auf die „alten“ EU-15-Staaten.

Über alle EU-Länder hinweg sind Serviceexporte von großer wirtschaftlicher Bedeutung:

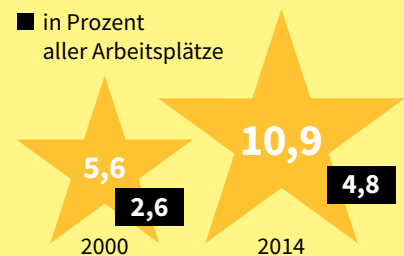
**Die durch grenzüberschreitende Dienstleistungen in der EU erzielte Wertschöpfung summierte sich 2014 auf etwa 625 Milliarden Euro.**

Umso wichtiger ist es, diese Tätigkeiten nicht durch übermäßige Regulierungen auszubremsen. Die EU-Richtlinie zur Arbeitnehmerentsendung, die bis Mitte 2020 in nationales Recht umgesetzt werden soll, beschränkt sich jedoch nicht darauf, Sozialdumping zu bekämpfen. Stattdessen beschneidet die Richtlinie durch zu viele Vorschriften den Wettbewerb und bürdet den Unternehmen unnötige Bürokratie auf.

So muss bereits für eine kurze Entsendung eines Wartungstechnikers ins EU-Ausland geprüft werden, ob in der Zielbranche ein Tarifvertrag

## EU: Grenzenloser Service schafft Jobs

So viele Millionen Arbeitsplätze in der EU-28 hingen direkt oder indirekt von Dienstleistungsexporten in andere EU-Staaten ab



So viel Prozent aller Arbeitsplätze hingen im Jahr 2014 von Dienstleistungsexporten in jeweils andere EU-Staaten ab

1	Luxemburg	22,2
2	Malta	15,8
3	Niederlande	12,8
4	Zypern	11,1
5	Belgien	10,9
...		
9	Polen	6,9
...		
14	Vereinigtes Königreich	5,6
15	Rumänien	5,3
...		
21	Frankreich	4,2
...		
23	<b>Deutschland</b>	<b>3,2</b>
...		
28	Griechenland	0,9

Quellen: Eurostat, World Input Output Database, IW Consult  
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

vorliegt, wie die Person dort einzugruppieren wäre und ob zusätzliche Leistungspflichten bestehen. Die positiven Effekte der Dienstleistungsexporte auf Jobs und Wohlstand werden dabei ignoriert und die Vorzüge des Binnenmarktes aufs Spiel gesetzt.

Adressaufkleber

**Impressum**

**Herausgeber:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.  
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff  
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther  
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

**Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich)  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef),  
 Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber  
**Redaktionsassistent:** Anja Hüpper  
**Grafik:** IW Medien GmbH  
**Telefon:** 0221 4981-255  
**Fax:** 0221 4981-99255  
**E-Mail:** iwd@iwkoeln.de

**Bezugspreis:**  
 € 11,55/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
 Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft  
 Köln Medien GmbH,  
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

**Druck:** Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:  
 lizenzen@iwkoeln.de

Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet.  
 E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de



# Top-Liste: Urlaub für den Geldbeutel

Obwohl die Sommersonne zuletzt auch über Deutschland strahlte, werden viele Bundesbürger in den Ferien wieder ins EU-Ausland aufbrechen. Wollen sie dabei auch ihrem Geldbeutel Erholung gönnen, sollten sie das Schwarze Meer ansteuern: In Bulgarien und Rumänien kosteten Hotelübernachtungen und Gaststättenbesuche im vergangenen Jahr 58 beziehungsweise 53 Prozent weniger als in Deutschland – nirgendwo sonst in der EU lässt sich günstiger Urlaub machen. Am tiefsten in die Tasche greifen müssen Touristen in Dänemark – die Preise für hyggelige Hotelzimmer und das Smørrebrød im Restaurant lagen 2018 satte 38 Prozent über dem hiesigen Niveau. Noch teurere Reiseziele in Europa sind die Schweiz, Norwegen und Island – auf der Vulkaninsel war es zuletzt fast 60 Prozent teurer als hierzulande, im Hotel zu nächtigen und im Restaurant zu speisen. Vergleicht man die aktuellen Preisniveaus mit jenen von 2010, haben sich Urlaube im europäischen Ausland für die Deutschen aber eher verbilligt. Dies gilt unter anderem für beliebte Ferienländer wie Österreich, Italien und Griechenland.

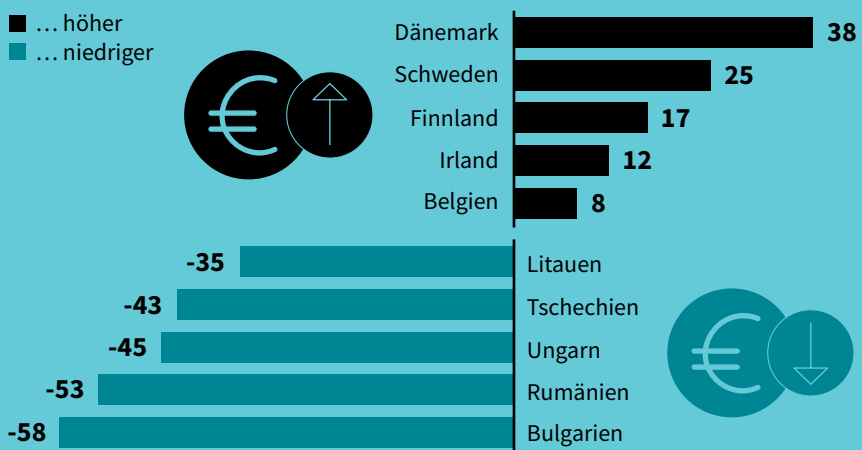
## Zahl der Woche

**9,5**  
**Prozent**

der Bundesbürger fühlten sich im Jahr 2017 „sehr oft“ oder „oft“ einsam. Das ist ein Prozentpunkt weniger als vier Jahre zuvor, wie neue Befragungsdaten des Sozio-oekonomischen Panels zeigen. Der Anteil derjenigen, die sich 2017 einsamer fühlten als 2013, hat in der Gruppe der 20- bis 29-Jährigen am stärksten zugenommen – von ihnen gaben 29 Prozent diese Selbsteinschätzung ab; bei den über 60-Jährigen waren es 26 Prozent. Über alle Altersgruppen hinweg stufte sich 2017 gegenüber 2013 zwar rund ein Viertel als einsamer ein, fast ein Drittel sprach jedoch vom Gegenteil. All diese Befunde zeigen, dass von einer drastischen Verschärfung des Problems zumindest hierzulande keine Rede sein kann – obgleich Medienberichte und die in Großbritannien 2018 ernannte Ministerin für Einsamkeit anderes vermuten lassen.

### Urlaub in Europa: Von teuer bis günstig

Um so viel Prozent waren die Preise für Hotelübernachtungen und Restaurantbesuche in anderen EU-Ländern 2018 ... als in Deutschland



Länderauswahl: die fünf teuersten und die fünf günstigsten EU-Länder

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt  
 © 2019 IW Medien / iwd



**IW-Kurzbericht 38/2019**

Anja Katrin Orth, Theresia Eyerund: Einsamkeit in Deutschland: Aktuell keine Zunahme  
[iwkoeln.de/einsamkeit](http://iwkoeln.de/einsamkeit)